





Dr. Allan Plekksepp, 1978 (Tallinn/Estland).

Studium der Rechtswissenschaften in Tartu von 1996–2000. 1999 Studienpraktikum bei der Staatsanwaltschaft Tartu. 2000–2005 Referent und Berater für Strafrecht am Justizministerium der Republik Estland. 2003–2005 Postgraduiertenstudium an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (LL.M.). 2005–2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Strafrecht und Strafprozessrecht (Prof. Dr. Perron) der Albert-Ludwigs-Universität. 2007 Aufnahme in die International Max Planck Research School for Comparative Criminal Law (IMPRS-CC). Seit 2010 Rat bei der Strafkammer des Staatsgerichtshofs Estlands (Riigikohus) und seit 2011 Lehrbeauftragter für Strafverfahrensrecht an der Universität Tartu.

Der Europäische Haftbefehl ist schon seit über zehn Jahren Bestandteil des Strafrechts und polarisiert noch immer den wissenschaftlichen Diskurs in Europa. Praktiker und Rechtswissenschaftler sind sich uneinig, ob eine vereinfachte Übergabe vor allem eigener Staatsbürger innerhalb der EU mit den rechtsstaatlichen Standards vereinbar ist.

Welche subjektiven Rechte hat der Beschuldigte in einem europäischen Übergabeverfahren? Wie ist das Recht auf Verteidigerbeistand in den Mitgliedstaaten ausgestaltet? Welchen Status hat dieses Recht im jeweiligen Strafverfahren? Sind diesbezügliche Schutzstandards miteinander vergleichbar? Auf diese und andere für Praktiker und für die Wissenschaft wichtige Fragen gibt die vorliegende Arbeit am Beispiel sechs unterschiedlicher Rechtsordnungen – EU, Europäischer Rat (EMRK), Deutschland, England und Wales, Finnland und Estland – einige Antworten.

In dieser Untersuchung wurde besonderer Wert auf eine objektive und strukturell vergleichbare Rechtsvergleichung gelegt. Daher empfiehlt sich dieses Buch auch als übersichtliches Nachschlagewerk für das Strafverfahrensrecht der vier nationalen Rechtsordnungen.

Allan Plekksepp

## Die gleichmäßige Gewährleistung des Rechts auf Verteidigerbeistand

Eine Voraussetzung der gegenseitigen Anerkennung strafrechtlicher Gerichtsentscheidungen in Europa

Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht

Strafrechtliche Forschungsberichte Herausgegeben von Ulrich Sieber

Band S 131

Das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg ist Teil der Max-Planck-Gesellschaft, deren Aufgabe die Förderung der Grundlagenforschung ist. Das Institut gliedert sich in die von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ulrich Sieber geleitete strafrechtliche Forschungsabteilung und die von Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jörg Albrecht geführte kriminologische Forschungsabteilung.

Das gegenwärtige Forschungsprogramm des Instituts umfasst neben Untersuchungen zu den Grundlagenfragen von Strafrecht, Rechtsvergleichung und Kriminologie vor allem drei zentrale Herausforderungen, die mit den Begriffen "Weltgesellschaft", "Informationsgesellschaft" und "neue Risikogesellschaft" schlagwortartig umschrieben werden: Kriminalität wird globaler; sie nutzt zunehmend internationale Datennetze; ihre Auswirkungen können – durch Technik und Organisation – schon im Einzelfall gesamtgesellschaftliche Bedeutung erlangen.

Aktuelle Forschungen des Instituts betreffen deswegen insbesondere Ziele und Methoden der Rechtsvergleichung und der Rechtsharmonisierung, strafrechtliche Modellgesetze, europäisches Strafrecht, Völkerstrafrecht, Internet- und Informationsstrafrecht, Geldwäsche, organisierte Kriminalität, Terrorismus, Kriminalität in Post-Konfliktgesellschaften sowie empirische Strafverfahrensforschung, alternative Methoden der Kriminalprävention, Reaktionen auf gefährliche Straftäter und Opferforschung.

**Plekksepp** Die gleichmäßige Ge





ISBN 978-3-86113-830-3 (Max-Planck-Institut) ISBN 978-3-428-13967-5 (Duncker & Humblot)







Duncker & Humblot · Berlin

Duncker & Humblot · Berlin